

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 06.02.2006

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:34 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU

ordentliche Mitglieder

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen CDU

Frau 2. stv. BM Friedegund Reiners CDU

Herr Walter Steinhausen CDU

Herr Matthias Decker CDU

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Horst Segebade SPD

Frau Marie-Luise Weber SPD

ab 16:02 Uhr für Werner Skirde

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Grundmandat

Herr Rainer Zörgiebel UWG

Verwaltung

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Bürgermeister Dieter Decker CDU

Herr Frank Dudek

Herr Günther Henkel

Herr Michael Hollmeyer

Herr Ralf Kobbe

Herr Fritz Sundermann

Protokoll

Gäste

Frau Inge Langhorst B90/Grüne

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau
sowie zwei weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Werner Skirde SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2005
- 4 Jahresabschluss Haushalt 2005, Ergebnismitteilung
Vorlage: 2006/014
- 5 Haushalt 2005 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2006/012
- 6 Genehmigung des Wirtschaftsplanes des optimierten Regiebetriebes
Vorlage: 2005/270
- 7 Haushalt 2006 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan
Vorlage: 2005/186B
- 8 Neues Kommunales Haushaltsrecht; Zeitpunkt der Einführung
Vorlage: 2005/400A
- 9 Anfragen und Hinweise
- 10 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Finkeisen eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Finkeisen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind zehn stimmberechtigte Mitglieder.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2005

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 14.11.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

**Jahresabschluss Haushalt 2005, Ergebnismitteilung
Vorlage: 2006/014**

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek stellt zunächst anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, den Jahresabschluss 2005 vor.

Frau Reiners, Herr Finkeisen, Herr Kramer und Frau Fisbeck begrüßen das ausgesprochen gute Jahresergebnis und bitten Bürgermeister Decker, den Mitarbeitern der Verwaltung ein großes Lob für die gute Arbeit auszusprechen.

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck erläutert Bürgermeister Decker, dass Darlehen aus der Kreisschulbaukasse erst zur Auszahlung kommen, wenn die jeweilige Maßnahme komplett abgeschlossen ist. Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, weshalb von den veranschlagten 500.000 Euro nur 350.000 als Darlehen in Anspruch genommen worden sind.

Herr Kramer erkundigt sich, wie die Differenz von rund 3,5 Mio. Euro bei den Tiefbauprojekten zustande kommt.

Bürgermeister Decker erläutert, dass es sich in erster Linie um Gelder handelt, die für den Ausbau von Straßen vorgesehen waren, für die ein Zuschuss nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gestellt worden ist. Da jedoch die Zuschüsse unter anderem für die Projekte Eichendorffstraße, Loyer Weg und Alter Lehmdorfer Weg ausgeblieben sind, wurde auf die Realisierung der Maßnahmen in 2005 verzichtet.

Herr Kramer hinterfragt im Hinblick auf die Straßenausbaubeiträge, weshalb von den Anliegern der bis auf den Bahnübergang nahezu komplett fertiggestellten Schloss- und August-Brötje-Straße keine Abschlagzahlungen verlangt werden.

Herr Henkel bemerkt, dass den Anliegern vor Beginn der Baumaßnahme versichert worden ist, dass keine Vorauszahlungen erhoben werden. Im Übrigen ist es in der Gemeinde Rastede bislang üblich gewesen, dass eine Maßnahme zunächst vollständig fertig gestellt wird, bevor Ausbaubeiträge eingefordert werden.

Auf Anfrage von Herrn Krause legt Bürgermeister Decker dar, dass die Person zur Zahlung der Ausbaubeiträge herangezogen wird, die zum Zeitpunkt der Zustellung des Bescheids Eigentümer des Grundstücks ist.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Kramer macht Bürgermeister Decker deutlich, dass im Zusammenhang mit der zeitlich verzögerten Abrechnung selbstverständlich keine Zinsen berechnet werden.

Beschlussempfehlung:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

Haushalt 2005 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2006/012

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils ab 5.000,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Genehmigung des Wirtschaftsplanes des optimierten Regiebetriebes
Vorlage: 2005/270

Sitzungsverlauf:

Auf Nachfrage von Herrn von Essen erläutert Herr Ammermann, dass die konkreten Investitionen in einer gesonderten Sitzung erläutert und beraten werden.

Beschlussempfehlung:

Der Wirtschaftsplan des Bauhofes für 2006 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

**Haushalt 2006 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan
Vorlage: 2005/186B**

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Decker erläutert zunächst, dass der Beschluss über die Haushaltssatzung in das Jahr 2006 hineingezogen worden ist, um das Jahresergebnis 2005 berücksichtigen zu können. Aufgrund des äußerst positiven Ergebnisses konnten zudem Maßnahmen in das Jahr 2005 vorgezogen werden, die ursprünglich erst für 2006 vorgesehen waren. Somit konnte der Haushalt 2006 nachhaltig entlastet werden, was zur Folge hat, dass in 2006 keine Kredite am freien Kreditmarkt benötigt werden. Darüber hinaus wird aber auch in die Infrastruktur der Gemeinde investiert. Mit insgesamt 9 Mio. Euro erreicht die Gemeinde Rastede eine der höchsten Investitionsquoten der vergangenen Jahre, wovon letztendlich nicht nur die Bürgerinnen und Bürger profitieren, sondern auch die heimische Wirtschaft.

Herr Dudek stellt anschließend anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, den Haushaltsplan 2005 vor. Er geht dabei insbesondere auf die in den Vorberatungen beschlossenen Veränderungen ein.

Herr Steinhausen erkundigt sich, ob die eingeplanten 2,3 Mio. Euro für den vorgesehenen Grunderwerb von Bau- und Gewerbeflächen ausreichen.

Bürgermeister gibt zu verstehen, dass die benötigten Gewerbeflächen am Brombeerweg bereits erworben wurden und das Wohnbaugebiet „Südlich Schlosspark“ entsprechend der einzelnen Bauabschnitten sukzessive angekauft wird, so dass davon auszugehen ist, dass die veranschlagte Summe ausreicht.

Auf Nachfrage von Herrn Krause erläutert Herr Ammermann, dass bei den Kosten für Strom und Gas die Erhöhungen gegenüber 2004 berücksichtigt worden sind. Bislang nicht eingeplant ist die in der vergangenen Woche angekündigte Gaspreiserhöhung.

Herr Kramer gibt vor dem Hintergrund der extrem angestiegenen Energiepreise zu verstehen, dass künftig verstärkt in Energieeinsparmaßnahmen investiert werden muss.

Bürgermeister Decker erläutert, dass kontinuierlich Energiesparmaßnahmen in den öffentlichen Gebäuden durchgeführt werden. So ist beispielsweise als nächste Maßnahme vorgesehen, für 140.000 Euro die Leuchtmittel in der KGS gegen Energiesparlampen auszutauschen.

Herr Langhorst begrüßt in diesem Zusammenhang den geplanten Bau des Blockheizkraftwerkes für die Mehrzweckhalle Feldbreite, gibt aber zu verstehen, dass in einigen Bereichen erheblicher Nachholbedarf auf dem Sektor der zukunftsweisenden Energien besteht.

Herr Ammermann macht deutlich, dass bei allen Reparaturen beziehungsweise Umbau- und Sanierungsarbeiten selbstverständlich geprüft wird, ob und inwieweit Energiesparmaßnahmen möglich sind, um den Energieverbrauch nachhaltig zu senken.

Herr Langhorst zeigt sich verwundet darüber, dass im Vermögenshaushalt für die Lehr- und Lernmittel im Grundschulbereich nur 4.000 Euro vorgesehen sind. Er hinterfragt, ob die Schulen nicht mehr Mittel angemeldet haben.

Herr Henkel erläutert, dass im Verwaltungshaushalt ein weitaus größerer Etat für die Lehr- und Lernmittel zur Verfügung gestellt wird.

Hinweis: Im Haushaltsplan 2006 sind für die 6 Grundschulen mit insgesamt 958 Schülern für die Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln im Verwaltungshaushalt 17.000 Euro und im Vermögenshaushalt 4.000 Euro sowie für die Anschaffung von beweglichem Vermögen im Verwaltungshaushalt 13.900 Euro und im Vermögenshaushalt 16.300 Euro veranschlagt.

Frau Fisbeck erkundigt sich, wie die deutliche Steigerung der Bewirtschaftungskosten beim Kinderspielkreis Delfshausen zu erklären ist.

Hinweis: Neben der nicht berücksichtigten Energiepreissteigerung ist beim Kinderspielkreis und im angrenzenden neu errichteten Jugendraum zudem mehr Energie verbraucht worden, was zur Steigerung der Bewirtschaftungskosten geführt hat.

Herr Kramer hinterfragt vor dem Hintergrund der abermals anstehenden Sanierung des KGS-Flachdaches, ob zwischenzeitlich geprüft worden ist, inwieweit eine alternative Dachkonstruktion für die KGS in Frage kommt.

Herr Ammermann erläutert, dass eine umfangreiche Darstellung der Situation im Fachausschuss bereits stattgefunden hat. Darüber hinaus sind zwischenzeitlich weitere Gespräche mit externen Experten geführt worden. Sobald diesbezüglich Ergebnisse vorliegen, werden die politischen Gremien unverzüglich informiert.

Herr Kramer bittet darum, im Investitionsplan die Bezeichnung „Erweiterung“ beim Sportplatz Hahn-Lehmden zu streichen, da bislang noch keine endgültige Beschlussfassung darüber gefasst worden ist, ob der vorhandene Sportplatz an der Wilhelmshavener Straße saniert oder der Standort Nethen erweitert wird.

Auf Nachfrage von Herrn von Essen legt Bürgermeister Decker dar, dass die 2.500 Euro für die Skateboardbahn in Wahnbek zunächst für den Bau einer Unterstellmöglichkeit eingeplant waren. Zwischenzeitlich wurde jedoch umdisponiert, so dass nunmehr vorgesehen ist, die Anlage mit neuen Gerätschaften zu ergänzen.

Herr Krause macht darauf aufmerksam, dass bei der in 2007 vorgesehenen Sanierung des Schulhofes Feldbreite darauf geachtet werden sollte, dass das Gelände nicht nur mit einer Schwarzdecke versehen wird, sondern gleichzeitig kreativer gestaltet und verschönert wird.

Auf Anfrage von Herrn Krause betont Bürgermeister Decker, dass es bei den Spielgeräten für Kinderspielplätze in 2005 einen Nachholbedarf gegeben hat. Zwischenzeitlich ist der Bedarf jedoch weitestgehend gedeckt, so dass der Ansatz reduziert werden konnte.

Herr von Essen hinterfragt, wie viele Nachwuchskräfte in der Regel pro Jahr eingestellt werden.

Herr Dudek bemerkt, dass bei entsprechender Eignung jedes Jahr zwei Auszubildende im Rathaus sowie jeweils ein Auszubildender in den Bereichen „Kläranlage“ und „Bäder“ eine Ausbildung beginnen.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erläutert Herr Henkel, dass ursprünglich vorgesehen war, im Hochbauamt eine Stelle nicht neu zu besetzen. Aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens ist diese Entscheidung jedoch revidiert worden.

Beschlussempfehlung:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2006 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2006 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt i. H. v. 30.625.400 Euro und im Vermögenshaushalt i. H. v. 10.164.800 Euro beschlossen.
3. Das Investitionsprogramm 2005 bis 2009 wird beschlossen.
4. Der Finanzplan 2005 bis 2009 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

**Neues Kommunales Haushaltsrecht; Zeitpunkt der Einführung
Vorlage: 2005/400A**

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek stellt zunächst anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist, die Sach- und Rechtslage umfassend vor. Er weist zudem darauf hin, dass der Beschlussvorschlag unter Ziffer 3.4 um den Halbsatz „...“, ob die Vereine Aufgabenträger im Sinne der Vorschrift sind ...“ ergänzt werden muss.

Herr Kramer und Herr Langhorst bemerken, dass mit der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts keine nennenswerten Vorteile verbunden sind. Stattdessen müssen für den Umsetzungsprozess Kosten in Höhe von rund 345.000 Euro sowie eine zusätzliche Stelle veranschlagt werden. Im Übrigen muss der Rat künftig verstärkt aufpassen, dass bei den so genannten Produkten, die Einflussnahme nicht verloren geht und Rat nicht zum Beirat degradiert wird.

Bürgermeister Decker gibt zu verstehen, dass die Verwaltung dafür einstehen wird, dass die Transparenz bei der Haushaltsführung nicht verloren geht und der Rat seine Einflussmöglichkeiten beibehält.

Herr von Essen erkundigt sich vor dem Hintergrund möglicher Probleme in der Umsetzungsphase, ob der im Beschlussvorschlag gesetzte Termin (31.12.2008) für die Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts noch einmal verschoben werden kann.

Herr Dudek erläutert, dass gegebenenfalls bis zum 31.12.2009 und auch darüber hinaus nach dem kameralistischen Grundsätzen gearbeitet werden kann. Sollte dies notwendig sein, so werden die Gremien rechtzeitig beteiligt.

Auf Nachfrage von Herrn Krause legt Herr Dudek dar, dass Eigenbetriebe ab einer Beteiligung von 50 Prozent wie die Residenzort Rastede GmbH der Bauhof und die Sozialstation gGmbH der Konsolidierungspflicht unterliegen. Bezüglich der unter Ziffer 3.4 des Beschlussvorschlages aufgeführten eingetragenen Vereine „Diakonisches Werk Hahn-Lehmden“ und „Diakonisches Werk Wahnbek“ ist noch endgültig zu prüfen, ob die Vereine Aufgabenträger im Sinne der Vorschrift sind und ob der Finanzbedarf tatsächlich wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird.

Frau Reiners und Herr Finkeisen bemerken, dass die neue Haushaltsführung auch große Chancen offenbart. Insbesondere ist durch die sowohl in der Breite als auch in der Tiefe bessere Transparenz gewährleistet, dass zeitnah gehandelt und gegebenenfalls gegengesteuert werden kann.

Auf Anfrage von Herr Langhorst erklärt Herr Henkel, dass das Niedersächsische Studieninstitut am Standort Oldenburg ein breites Fortbildungsangebot für Ratsmitglieder zum neuen kommunalen Haushaltsrecht anbieten wird.

Beschlussempfehlung:

1. Vorrübergehend weiteres Arbeiten nach kameralistischen Grundsätzen
 - 1.1 Bis zum 31.12.2008 arbeitet die Gemeinde Rastede aufgrund des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2005 (Nds. GVBl. S. 342) (folgend: Neuordnungsgesetz) weiterhin nach kameralistischen Grundsätzen. In Ausführung dieses Beschlusses gelten die Regeln des Artikels 6 Absätze 2 und 3 des Neuordnungsgesetzes (siehe Anlage). Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 des Neuordnungsgesetzes.
2. Vorrübergehende Weitergeltung der Eigenbetriebsverordnung und der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen
 - 2.1 Aufgrund Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 des Neuordnungsgesetzes bleibt für die Sozialstation Rastede gGmbH § 113 Abs. 1 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.09 anwendbar. Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 Neuordnungsgesetz
 - 2.2 Aufgrund Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 des Neuordnungsgesetzes bleibt für die Residenzort Rastede GmbH § 113 Abs. 1 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.09 anwendbar. Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 Neuordnungsgesetz
 - 2.3. Der Bauhof ist im Sinne des § 108 Abs. 3 Ziff. 3 NGO ein Hilfsbetrieb der Gemeinde mit selbständiger Wirtschaftsführung, der ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde Rastede dient. Für diesen Betrieb bleibt gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 5 des Neuordnungsgesetzes der § 110 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.2009 anwendbar.
3. Konsolidierung
 - 3.1 Die Sozialstation Rastede gGmbH ist im Sinne des § 108 Abs. 1 NGO eine Eigengesellschaft der Gemeinde Rastede. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 3 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabschluss nicht erstellt.
 - 3.2. Die Residenzort Rastede GmbH ist eine Gesellschaft an der die Gemeinde Rastede im Sinne des § 109 NGO mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 4 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabschluss nicht erstellt.
 - 3.3 Der Bauhof ist eine Einrichtung, deren Wirtschaftsführung nach § 110 NGO selbständig erfolgt. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 1 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabschluss nicht erstellt.

3.4 Der Diakonisches Werk Hahn-Lehmden e.V. und der Diakonisches Werk Wahnbek e.V. sind voraussichtlich im Sinne § 100 Abs. 4 Ziff. 9 NGO neue Fassung sonstige rechtliche selbständige Aufgabenträger, deren Finanzbedarf aufgrund von Rechtsverpflichtungen wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird. Aufgrund dessen ist die Gemeinde zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses verpflichtet. Vorbehaltlich einer endgültigen Prüfung, ob die Vereine Aufgabenträger im Sinne der Vorschrift sind und ob der Finanzbedarf tatsächlich wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird, wird gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabschluss nicht erstellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Anfragen und Hinweise

A 22

Herr Kramer bittet vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion in Bezug auf die A 22 die Verwaltung, den politischen Gremien und der Bevölkerung den aktuellen Sachstand sowie den Planungsablauf gegebenenfalls mit fachkundigen Referenten vorzustellen

Herr Ammermann berichtet, dass das Thema A 22 derzeit mehr die Medien als die Verwaltungen beschäftigt. Eine weitere Informationsveranstaltung zu diesem Thema findet in der achten Kalenderwoche in Brake statt. Sofern neue Erkenntnisse vorliegen, wird die Verwaltung die politischen Gremien informieren. Im Übrigen wird die Gemeinde Rastede als Betroffener zu beteiligen sein, sobald das Planfeststellungsverfahren anläuft.

Raumluftuntersuchungen in der KGS

Herr Ammermann informiert über Presseveröffentlichungen in Friesland wonach im Schulzentrum Varel erhebliche Raumluftbelastungen vorliegen sollen. Aufgrund dieser Meldung hat sich der Personalrat der KGS Rastede über die Schulleitung an den Schulträger gewendet und bat wegen des gleichen Baujahrs und dem gleichen Architekten um Überprüfung der Räumlichkeiten in der KGS. Im Rahmen der erfolgten Recherche wurde inzwischen jedoch festgestellt, dass in Varel das Problem vermutlich nur entsteht, weil Baumaßnahmen an möglicherweise belastenden Baustoffen notwendig wurden. Zwischenzeitlich wurde bei einem Termin mit der Schulleitung, dem Schulelternrat, dem Personalrat der KGS, dem Gesundheitsamt und einem Prüflabor der Untersuchungsumfang und die zu untersuchenden Stoffe festgelegt. Die Ergebnisse werden bis Ende Februar vorliegen und anschließend in den politischen Gremien erläutert.

Tagesordnungspunkt 10

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Finkeisen schließt die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17:34 Uhr.